Badische Zeitung
Markgräflerland · Dienstag, 15. Juni 2021
https://www.badische-zeitung.de/muellheim-will-vermehrung-streunender-katzen-in-den-griff-bekommen

FOTO: MARIUS BECKER (DPA)

Mit einer neuen Verordnung will Müllheim die unkontrollierte Vermehrung streunender Katzen in den Griff bekommen – und Halter in die Pflicht nehmen.

Zum Wohl der Katzen und der Kassen

Unkastrierte Tiere sorgen für sprunghaften Anstieg der Population / Müllheimer Gemeinderat stimmt für Katzenschutzverordnung

Von Volker Münch

MÜLLHEIM. Verwilderte und herrenlose Katzen werden für Tierschützer und Kommunen zu einem wachsenden Problem. Einerseits geht es um das Wohl der Tiere, die oft in einem denkbar schlechten Gesundheitszustand sind und sich unkontrolliert vermehren – andererseits um steigende Kosten für Tierschutzvereine und die Gemeinden, die für die Kosten herrenloser Katzen aufkommen. Mit einer Katzenschutzverordnung will man in Müllheim als eine der ersten Gemeinden in der Region diesen Problemen nun besser beikommen.

Fast rund um die Uhr ist die Vorsitzende des Tierschutzvereins (TSV) Markgräflerland, Anja Roth, in Sachen Katzenrettung unterwegs. Dabei erlebt sie tierische Schicksale, die schlimmer kaum sein können. Mit eindrucksvollen Ausführungen gewann sie am Ende den Müllheimer Gemeinderat dafür, die von der Politik empfohlene Katzenschutzverordnung zu beschließen und der Polizeiverordnung der Stadt hinzuzufügen.

Es sind keine Einzelfälle, von denen Roth aus ihrer Tätigkeit für den Tierschutzverein berichtet. Beispielsweise in Norsingen, wo die Tierschützer mit Unterstützung von Polizei und Veterinäramt aus einem Wohnhaus 280 unkastrierte Katzen gerettet haben. Für über 40 Tiere kam diese Hilfe bereits zu spät – sie waren in ihrem Elend gestorben.

„Wir haben auch in Müllheim entsprechende Probleme“, lenkte die Vereinsvorsitzende den Blick auf das Schrebergartengebiet vor der Kaserne der Deutsch-Französischen Brigade. Dort beobachten die Tierschützer in den vergangenen vier Jahren einen sprunghaften Anstieg an unkastrierten Katzen. „Dort haben wir mittlerweile 120 Tiere eingefangen und auf unsere Kosten kastrieren lassen“, erklärt Roth. Aus einer Müllheimer Wohnung wurden ein Dutzend Katzen herausgeholt. Gefunden wurden vier tote Katzenbabys. „Diese Wohnung war nicht mehr nutzbar. Sie war mit Fäkalien übersäht, Wasserleitungen waren durch Urin korrodiert“, berichtet sie weiter. Allein für die Stadt fielen Tierarztkosten durch solche Fälle mit Tausenden von Euro an, ergänzte sie.

Kern des Problems ist die fehlende Kastration bei vielen Katzen, auch bei Freigängern, die einem Haushalt zugerechnet werden können und nicht als herrenlos gelten. „Bei Katzen, die nicht identifiziert werden können, hat der Tierschutzverein bisher die Kosten übernommen. Jetzt kommen wir aber an unsere finanziellen Grenzen“, betont Roth. Zuschüsse von öffentlicher Hand gebe es nicht. Aber nicht nur weibliche Katzen müssten kastriert werden, sondern auch die Kater. Ein Kater könne nämlich mehr als ein Dutzend Katzen pro Nacht und Tag decken. Die Eigentümer seien sich dieser Tatsache oft nicht bewusst, hieß es weiter. „Also auch Halter von Katern stehen hier in der Pflicht“, appelliert die TSV-Vorsitzende an die Verantwortung der Katzenliebhaber. Neben einer immer weiter steigenden Populationsdynamik breiteten sich auch seuchenartige Krankheiten aus.

Für Katzen bedeuten streunende Kater Stress

Deshalb setzt Roth auf die Katzenkennzeichnungspflicht, die bereits seit 18 Jahren besteht – und von der viele Katzenhalter offenbar nichts wissen oder sie zumindest ignorieren. Mit der Katzenschutzverordnung könne man sanften Druck auf die Tiereigentümer ausüben und die Chippflicht, die der schnelleren Identifikation dient, besser durchsetzen. Es geht auch um die Gesundheit der Katzen selbst.

Für weibliche Katzen bedeuten umherstreunende Kater Dauerstress, eine Vielzahl der ungewollten Katzenbabys erkranken wegen der schlechten Lebensumstände und sterben oft unter elenden Bedingungen. Um Kommunen und Tierschutzverbänden ein vernünftiges Handlungsinstrument an die Hand zu geben, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, entsprechende Katzenschutzverordnungen in die kommunalen Polizeiverordnungen aufzunehmen. Die Tierärzte würden in Sachen Registrierung der Tiere endlich per Gesetz in die Pflicht genommen, betont Roth. „Darüber hinaus hätten wir eine bessere Handhabe, Höfe und Schrebergärten zu betreten, um die umherstreunenden Katzen dort einzufangen und der Kastration zuzuführen“, sagt Roth.

Gleichzeitig ließen sich Katzenbesitzer besser in die Pflicht nehmen. Kommunen, in deren Bereich herrenlose Tiere aufgegriffen werden, müssen für die Kosten der Erstversorgung durch einen Tierarzt und für eine bis zu vierwöchige Unterbringung aufkommen. Die Katzenschutzverordnung eröffnet laut Roth die Möglichkeit, die Kosten den Besitzern in Rechnung zu stellen, weil die Katzen wegen der Identifikationspflicht besser zugeordnet werden können. Oberstes Ziel bleibt nach Überzeugung Roths die deutliche Reduzierung umherstreunender Katzen. Dass dieses gesetzliche Instrument Wirkung entfalten kann, zeigte Roth an der erfolgreichen Einführung solcher Verordnungen in verschiedenen Städten. Dort habe sich die Zahl herrenloser Katzen im Laufe von fünf Jahren um etwa 70 Prozent reduziert. Am Ende votierte der Müllheimer Gemeinderat mit 21 Stimmen für die Einführung, nur zwei Ratsmitglieder enthielten sich.

Diesen Artikel dürfen Sie gerne ausdrucken und archivieren. Der Artikel darf aber nicht erneut veröffentlicht werden - sei es im Internet oder in einem Printprodukt.